IX. Jahrgang. Nummer 21.

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.

Beilage zur „Gewerkschaft", Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Publikations-Organ des Arbeiter-Samariterbundes.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Winterfeldtstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI, 6488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin, den 8. Oktober 1909.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft" vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2,— Mk.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Inhalt:

Neue Bahnen? Das Berliner Pflegeanstaltspersonal und der neue Etat. Aus unserer Bewegung. Rundschau. Arbeiter-Samariterbund.

Neue Bahnen?

Die berufliche Organisation des Personals der Kranken-, Heil- und Badeanstalten blickt heute schon auf eine geraume Spanne Zeit zurück. Trotzdem ist es jedoch noch nicht gelungen, eine all zu große Zahl von Kollegen und Kolleginnen ihrer zuständigen Interessenvertretung zuzuführen. Und doch ist eine solche unbedingt notwendig, weil in diesem Berufe Verhältnisse obwalten, die alles andere, denn befriedigend sind. Diese Tatsache ist auch von einem großen Teil der Kollegenschaft erkannt und hat zum Zusammenschluß aller Vorwärtsstrebenden geführt. Leider geschah dies aber größtenteils nur in örtlichen Vereinen.

Die allgemeinen Grundsätze, die jeder Interessenvertretung als Grundpfeiler dienen, wurden gänzlich außer acht gelassen. Trotz des sonst allgemein zu erfolgenden Zusammengehens der einzelnen Berufsangehörigen in großen Gruppen, d. h. Zentralorganisationen, haben sich diese Gruppen niemals von der dringenden Notwendigkeit der zentralen Vereinigung und des damit verbundenen gemeinsamen Wirkens überzeugen können. Man erblickt auch jetzt noch das Allheilmittel für die mißliche Lage im Beruf darin, daß man in kleinen Konventikeln die Erörterung einzelner Berufsfragen pflegt und glaubt, damit alles getan zu haben, um eine Besserung der Lage ermöglichen zu können. Hinzukommt die Liebedienerei und Knechtseligkeit, die in manchen Anstalten Auswüchse niedrigster Art zeitigte und der freien Meinungsäußerung der Kollegen selber nicht ganz geringen Einhalt gebot. Damit ergibt sich auch für uns die Erklärung, weshalb die Bewegung der Angestellten nur sehr minimale Fortschritte aufzuweisen hat.

Kann und darf es dauernd so bleiben? Nein! Es wird endlich an der Zeit, die Vertrauensseligkeit der Kollegen und Kolleginnen zu zerstören. Nur die eigene Kraft vermag das Arbeitsjoch zu sprengen, unter dem das Anstaltspersonal leidet. Der Kollegenschaft muß klar gemacht werden, daß es nur dem mächtigen Organ unserer Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zu danken ist, wenn irgend welche Verbesserungen erzielt wurden. Und der Erfolge sind nicht wenige, insbesondere dort, wo das Personal sich seiner Lage bewußt und den Zusammenschluß im zentralen Verbande vollzogen hat. Aber auch dort, wo die Kollegen und Kolleginnen [illegible]

nicht finden konnten, hat unser tatkräftiges Wirken für die städtischen Arbeiter im allgemeinen oft genug mannigfache Verbesserungen erzwungen.

Keinesfalls kann es aber damit sein Bewenden haben. Die in unserem Programm enthaltenen Forderungen haben erst in den wenigsten Punkten Anerkennung gefunden. Die stets und ständig widerhallenden Klagen über die mannigfaltigen Mißstände in den Anstalten zwingen mit aller Energie dazu, helfend einzugreifen. Es gilt daher, in der Zukunft noch bedeutend mehr das Mahnwort an die Fernstehenden zum gemeinsamen Zusammengehen zu richten. Alle Säumigen und Gleichgültigen müssen aufgerüttelt werden, um mit einzutreten in den Kampf zur Erreichung eines menschenwürdigen Daseins. Kein Faustballen in der Tasche kann uns nutzen, kein Klagen an unrechter Stelle, sondern nur das geschlossene Vorgehen aller Kollegen und Kolleginnen wird es ermöglichen, die Wünsche der Angestellten durchzusetzen.

Und gibt es der Wünsche nicht viele? Der Verkürzung der Arbeitszeit muß in erster Linie das Wort geredet werden. Die unmenschlich lange Fron einer 14 bis 16stündigen Dienstzeit bedarf dringend der Herabsetzung auf 8—10 Stunden.

In gleicher Weise hat eine Verbesserung der Lohn- und Gehaltssätze Platz zu greifen. Die augenblicklichen miserablen Löhne müssen unbedingt die Unständigkeit der Angestellten nach sich ziehen. Die Freudigkeit der Berufsangehörigen für den Beruf wird auf ein verschwindend geringes Maß herabgedrückt, wenn ihnen nur eine den Verhältnissen ihrer Leistung keineswegs entsprechende Bezahlung zuteil wird. Diesem kann nur durch die Zahlung auskömmlicher Löhne Einhalt getan werden.

Die Beseitigung des Kost- und Logiswesens muß mit aller Energie und Nachdruck gefordert werden. Gerade hierin liegt zum größten Teil die Unfreiheit des Personals. In enger Verbindung damit zeigt sich der Zwang unter die sogenannten Hausordnungen, die die Freiheit des Personals auf ein Minimum beschränken.

Auch der Kampf gegen Willkür und Schmarotzertum, gegen Bedrückung und Knechtseligkeit muß mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln geführt werden.

Zur Durchführung dieser wichtigen Punkte bedarf es, um die Kolleginnen und Kollegen auf den Weg des gemeinsamen Handelns zu bringen, [illegible]

Die Organisation ist der Leitstern des aufgeklärten Arbeiters. In ihr allein wurzelt die Kraft, das irdische Dasein zu einem menschenwürdigen zu gestalten. Nur durch die Organisation allein schafft sich der Arbeiter die Möglichkeit, bessernd auf die eigenen Verhältnisse einzuwirken. Angesichts dieser Tatsache haben rund 2 Millionen deutscher Arbeiter den Weg zu den freien Gewerkschaften gefunden. Um wieviel mehr wäre es an der Zeit, daß auch das Personal der Kranken- und Irrenanstalten, der Heil- und Badeanstalten den gleichen Weg beschreite! Ein machtvoller Bau, der auch dem größten Ansturm des Unternehmertums widersteht, ist bereits entstanden. Aber kein Ruhen und Rasten darf es geben, wenn wir dauernd auf unser Arbeitsverhältnis Einfluß ausüben wollen. An alle Fernstehenden, besonders an unsere Kolleginnen und Kollegen in den Anstalten ergeht daher der Ruf: Helft mit, den stolzen Bau vollenden!

Der letzte Verbandstag unserer Organisation hat sich auch im besonderen mit der Organisationsfrage des Anstaltspersonals befaßt und beschlossen, unter besonderer Würdigung der vorliegenden Verhältnisse dieser Frage ein besonderes Augenmerk zu widmen. Der Zahlung eines mäßigen Beitrages steht die Gewährung mannigfaltiger Unterstützungen gegenüber. Dem Ausbau der „Sanitätswarte" werden sich statistische Aufnahmen zur Seite stellen, um die mißliche Lage der Angestellten zu dokumentieren. Wenn wir diese Beschlüsse in die Tat umsetzen, so bedarf es dazu aber in erster Linie der Mitarbeit aller Kolleginnen und Kollegen. In den Anstalten, auf dem Spaziergange wie überhaupt bei allen Zusammenkünften muß der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation propagiert werden. Kein Augenblick darf versäumt werden, den Zweck und Nutzen der Organisation zu erläutern. Ausdauer und Beharrung führen zum Ziel! Und wenn unter dieser Devise die Werbetätigkeit ausgeführt wird, so muß unsere Aufgabe von Erfolg gekrönt sein.

Zur wirksameren Agitation wird die Verbandsleitung in der nächsten Zeit ein Flugblatt herausgeben, welches speziell an die Kollegen und Kolleginnen in den Anstalten gerichtet ist. Wir erwarten und verlangen daher, daß die Kollegenschaft durch energisches Eintreten für unsere Sache nichts unversucht läßt, um die Fernstehenden für unsere Organisation zu gewinnen. Und wenn Mannesmut und Ausdauer den Werbetätigen eigen, so steht uns ein voller Erfolg bevor.

Viel große Aufgaben harren noch unser. Die auf der Konferenz des Krankenpflege- und Badepersonals 1908 in Mainz beschlossenen Forderungen sind noch zum allerwenigsten Teil erfüllt, und schon wieder drängen uns die durch die neuen Umstände hervorgetretenen Zustände zu neuen Kämpfen. Des weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation erwartet, muß es daher das unablässige Streben der Kollegen und Kolleginnen sein, die Grundlage für Verbesserungen zu schaffen.

Nicht neue Parteien, sondern eine Erweiterung der bisherigen Gewerkschaften ist zu wollen, um den Weg zu einer besseren Zukunft zu erschließen.

Wie es mit der elementaren Zusammenrottung aller Kräfte [illegible] ist, Größe zu gewinnen, so wird auch durch die Einsicht der Kolleginnen und Kollegen die Gewißheit der Erfüllung ihrer Forderungen offenbar. Das sozialpolitische Bewußtsein, [illegible] „Zeitgeistes" immerhin zu [illegible], [illegible] auch dem [illegible] Wesen ein Bild zu geben. Kommt [illegible] die richtige Zeit, den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation zu verbreiten und damit die Macht zu stärken, die [illegible] ist im Kampfe um [illegible] Lebensrechte.

[illegible]

Das Berliner Pflegeanstaltspersonal und der neue Etat.

Es ist an dieser Stelle im Laufe der Zeit so äußerst viel Unhaltbares und Rückständiges aus den Berliner Pflegeanstalten besprochen und gekennzeichnet worden, daß zur Charakteristik der dort im Schwange befindlichen Arbeitsverhältnisse im allgemeinen kaum noch etwas zu sagen wäre. Die Mär von den Muster-Kranken- und Irrenhäusern der Stadt Berlin ist für den Kenner der Verhältnisse abgetan, der es als selbstverständlich betrachtet, daß die äußere Hülle schöner, moderner Bauten auch einen gesunden Kern birgt. Davon kann, soweit die Stellung der darin Beschäftigten, insbesondere der Arbeiter und des Pflege- und Dienstpersonals in Betracht kommt, gar keine Rede sein. Der Herr Kämmerer der Haupt- und Residenzstadt, welcher bei den Etatberatungen Anfangs dieses Jahres mit kühnem rethorischen Schwunge ins Traumland der Phantasie schweifte und in einem Zustande den sozialen See in Berlin entdeckte, wurde — sofern er seine Informationen an der Cäcilie, bei der Arbeiterschaft selbst, holte — bald eines anderen belehrt werden, vorausgesetzt, daß Herr Dr. Steiniger belehrbar ist.

In den kürzlich abgehaltenen Anstaltsversammlungen ist aber die elenden Verhältnisse, deren Kern für den genauer Hinschauenden in der noch bestehenden Naturalienbezahlung liegt, wieder eine Fülle von Klagen hervorgetreten. Es war nur natürlich, wenn überall die Notwendigkeit durchgreifender Reform betont wurde. Einmütige Zustimmung fand überall die herbe Kritik der verschiedenen Redner über die mangelhaften und unfreien Existenzbedingungen. Einige Streiflichter daraus sollen demnächst besprochen werden. Für diesmal wollen wir uns darauf beschränken, die ebenso einhellig präzisierte Stellung der Kollegenschaft zu den bevorstehenden Etatberatungen bekanntzugeben. Ihre Wiedergabe wurde von den Versammlungen aufgestellt, nachstehend wiedergegebenen Grundsätzlichen Forderungen akzeptiert und den Arbeiterausschüssen zur Weiterleitung übermittelt. Antrag und Begründung haben folgenden Wortlaut:

1. Verkürzung der Arbeitszeit:
   a. für das Pflege- und Wartepersonal einschließlich einer entsprechenden Wartezeit auf je einen selbstständigen Krankenhaus- und Wöchnerinnenhaus auf 12 Stunden unter Aufhebung der Nachtschichten, jeder Kollege einen freien Tag, jeder zweite Sonntag in einem Sonntag;
   b. für die Handwerker und Arbeiter einschließlich Heizer auf 9 Stunden, in den kontinuierlichen Betrieben auf 8 Stunden (Dreischichtsystem).
2. Abschaffung [illegible] der [illegible] Tabelle nachstehende Zulagen:

1. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
2. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
4. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
5. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
7. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
8. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
9. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
10. [illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

[illegible]

[illegible]

Motive beigefügt. Es wurde dort nachgewiesen, daß vom Standpunkt einer gesunden Volkswirtschaft aus, wie sie jeder fortschrittlich Gesinnte heute anstrebt, ein erhöhtes Maß freier Zeit für den Angestellten und Arbeiter unbedingt notwendig ist. Nur so kann dieser sich intellektuell fortentwickeln — erst dann wird es möglich sein, die Arbeiterschaft auf diejenige geistige Höhe zu heben und mit der physischen Widerstandsfähigkeit auszustatten, wie es im Interesse der Leistungsfähigkeit unserer modernen Betriebe gelegen ist. Mehr Erholung, mehr Bildungsmöglichkeit und mehr Zeit zur Erfüllung der Pflichten als Familienoberhaupt — diese drei Postulate sind neben anderem als die Vorbedingungen für die vorstehend bezeichnete Entwickelung zu betrachten. Die Arbeitsverhältnisse der Pflegeanstalten lassen hierin aber teils jede Fortentwickelung vermissen, teils sind sie ungenügend geregelt. Wenn dann eine ungeheure, anerkanntermaßen auf die schädliche Fluktuation des Personals in die Erscheinung tritt, so kann das bei der Beschränkung der persönlichen Freiheit, wie sie mit dem Kost- und Logiszwang verbunden ist, und leider durch gewisse Maßnahmen manches Vorgesetzten nicht selten unerträglich wird, nicht wunder nehmen. Es wird gegenüber dem Wunsche nach Aufhebung des Logiszwanges und Einführung einer möglichst bestimmt begrenzten Arbeitszeit für das Pflegepersonal meist behauptet, daß derartiges an der Eigenart der Betriebe scheitere. Abgesehen von der Tatsache, daß solche und ähnliche Einwände zunächst überall da, wo einmal einschneidende Reformvorschläge seitens der Angestellten hervortraten, erhoben wurden, so dürfte zweifellos auch im vorliegenden Falle die Praxis diese Bedenken zerstreuen. Um so mehr wird das eintreten, als die Durchführung einer [illegible] Dienst- und Arbeitszeit mit geringen finanziellen Opfern möglich ist, weil ein gewisses Nachtdienstsystem schon besteht und nur der besseren Ausgestaltung bedarf. Eine größere Schwierigkeit bietet bei Aufhebung des freien Logis aller [illegible] die [illegible] Einrichtung der meisten staatlichen Pflegeanstalten, die mit den entsprechenden Räumen von vornherein ausgestattet worden sind. Die letzteren würden aber wohl in absehbarer Zeit bei den stetig steigenden Anforderungen an die Belegungsziffer der Anstalten Verwendung finden können, so daß eine allmähliche Durchführung der aus den angeführten bedeutungsvollen Gründen [illegible] Logiszwangsbeseitigung [illegible]. Der vorliegende Antrag erreicht in diesem Punkt seinen Zweck, wenn [illegible] der Anfang im gedachten Sinne gemacht wird. An neuen Wohngelegenheiten ist für die Anstalten [illegible] nicht zu befürchten, [illegible] der Bedarf durch die [illegible] gedeckt wird.

[illegible]

Preisen aller Lebensmittel und Bedarfsartikel eingetreten. Reich, Staat und Kommunen haben dies anerkannt, indem durch ganz erhebliche Erhöhungen der Beamtenbesoldungen ein Ausgleich zu schaffen versucht wurde. Für die Jahre 1908 und 1909 hat Berlin allein zu diesem Zweck 8 170 000 Mk. Mehrausgaben in den Etat eingesetzt. Leider ist das gleiche nicht bei den Löhnen der Angestellten und Arbeiter in die Erscheinung getreten. Und doch ist, wenn irgendwo, gerade bei diesen eine Aufbesserung notwendig; sie leiden mit ihren Familien am meisten unter der Teuerung; denn gerade die Hauptnahrungsmittel der unteren Volksklassen sind im Preise bedeutend in die Höhe gegangen. So kostete 1 kg Brot

1906 im Durchschnitt 29,3 Pf.
1907 im Durchschnitt 33,5 Pf.
1908 im Durchschnitt 34,4 Pf.

Das ist eine Steigerung um 5,1 Pf. Der Kartoffelpreis betrug pro Zentner

1906 im Durchschnitt 1,75 Mk.
1907 im Durchschnitt 2,05 Mk.
1908 im Durchschnitt 2,70 Mk.

Also auch hier eine Steigerung von 95 Pf. In gleichem Maße sind auch die Preise für Fleisch, Butter, Gemüse, Schmalz sowie Kleidung, Schuhwerk usw. gestiegen. Nach kürzlich veröffentlichten Erhebungen, die auf Markthallenpreise basieren, stieg der Preis für das Kilo Schweinefleisch in Berlin von 1 Mk. im Juni 1907 auf 1,40 Mk. im selben Monat 1908. Und was das Schlimmste ist: die aufsteigende Bewegung der Marktnotierungen dauert fort, so daß mit vollem Recht von einer schweren Notlage der unteren Bevölkerungsschichten gesprochen werden kann. Die „Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin" stellen in dieser Hinsicht nachstehendes fest.

		Durchschnittspreis für Berlin: Januar 1906	Juni 1908
Roggenbrot	pro kg	29,44 Pf.	31,34 Pf.
[illegible]	pro kg	31,07 Pf.	32,47 Pf.
Kartoffeln, gute,	pro kg	7, Pf.	8, Pf.

Wie außerordentlich schlecht es bei den gegenwärtigen Verhältnissen mit der Lebenshaltung bestellt ist, zeigt auch treffend eine [illegible] herausgekommene amtliche Statistik über den Familienbedarf. Danach braucht unter Zugrundelegung des im Jahre 1908 aufgewendeten Betrages für die Ernährung eines Marinesoldaten eine Familie von 4 Personen (die beiden Kinder als ein Erwachsener gerechnet) wöchentlich im Durchschnitt 22,51 Mk. allein für Lebensmittel [illegible]. Für Berlin ergibt sich sogar ein noch viel ungünstigeres Bild, wenn man die statistischen Zahlen der Verwaltungsberichte des Jahres 1907 aus den städtischen Irren- und Krankenanstalten als Unterlagen verwendet. Aus diesen geht hervor, daß die Kosten für die Beköstigung des dort beschäftigten [illegible] und Pflegepersonals sich durchschnittlich auf 1,22 Mk. pro Kopf und Tag beziffern. Daraus ergibt sich für eine vierköpfige Familie ein wöchentlicher Aufwand für Lebensmittel allein von [illegible] Mk. oder pro Monat [illegible] 1,22 [illegible] Mk. [illegible] ein gleich günstiger Großeinkauf und eine ebenso rationelle Ökonomie wie bei den städtischen Großbetrieben möglich wäre, was natürlich ausgeschlossen ist. Rechnet man für Wohnungsmiete, [illegible], Kleidung, Mietkosten, Lernmittel der Kinder usw. den sehr bescheidenen Betrag von [illegible] Mk. monatlich hinzu, so fordert der Unterhalt rund [illegible] Mk. in der Arbeiterfamilie, ohne daß auch nur ein Pfennig für geistige und gesellschaftliche Bedürfnisse verbleibt. Stellt man dieser [illegible] die in den Pflegeanstalten gezahlten [illegible]

[illegible]

Aus unserer Bewegung.

Ansbach. [illegible]

Berlin. [illegible]

Rundschau.

[illegible]

Arbeiter-Samariterbund.

Dresden. [illegible]

Main. [illegible]

Nürnberg. [illegible]

Verlag [illegible] Redaktion [illegible] Druck [illegible]